

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 17/12570 –**

Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale (Jahresabrüstungsbericht 2012)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Abrüstung und Rüstungskontrolle sind in einer kritischen Phase.

Die Beschlüsse der NATO auf dem Gipfel in Chicago im Mai 2012 sind enttäuschend. Es wurden keine weitreichenden Schritte in Richtung Abrüstung beschlossen. Die Rolle der Nuklearwaffen wurde de facto nicht reduziert, die Abrüstung der substrategischen Nuklearwaffen in Europa und Deutschland findet nicht statt. Im Gegenteil, es droht sogar eine sehr teure Modernisierung der substrategischen Nuklearwaffen. Eine Folge davon wäre auch eine Modernisierung der deutschen Trägersysteme (Tornado). Es wurde zwar ein Abrüstungsausschuss eingerichtet; welches Mandat er hat und über welche Themen er genau verhandeln wird, ist aber bis heute noch nicht klar. Die Bundesregierung muss entschieden darauf drängen, dass die NATO-Vorschläge zu Transparenz und Vertrauensbildung bei substrategischen Nuklearwaffen unverzüglich auf den Tisch gelegt werden. Nur dann können diese bei der Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Russland eine konstruktive Rolle spielen.

Zwar hat der Präsident der Vereinigten Staaten Barack Obama in seiner Rede an die Nation angekündigt, die nukleare Abrüstung mit Russland fortzusetzen, um zu weiteren Fortschritten bei der Reduzierung von Nuklearwaffen zu kommen. Der Präsident will sich dabei auf politisch verbindliche Vereinbarungen beschränken.

Zentrales Problem für die Blockade bei der Rüstungskontrolle ist der Stillstand bei der amerikanisch-russischen Kooperation der NATO-Raketenabwehr. Auf dem Gipfel in Chicago wurde ein Dialog mit Russland angekündigt. Bisher ist es jedoch nicht gelungen, einen Dialog zu führen, der die Sicherheitsinteressen Russlands berücksichtigt. Auch wenn von Russland mehr Kompromissbereitschaft erwartet werden kann, so ist ein erfolgreicher Dialog in diesem Bereich die Voraussetzung für Fortschritte bei der Rüstungskontrolle.

Der US-Präsident Barack Obama hat beim nuklearen Sicherheitsgipfel in Seoul im März 2012 dem damaligen russischen Präsidenten Dmitri Medwedew hierzu mehr Flexibilität nach seiner Wiederwahl zugesichert. Doch wie diese größere Flexibilität aussehen könnte, ist nach wie vor unbekannt. Bekannt ist jedoch, dass eine bilaterale Regelung zwischen den USA und Russland, die zu mehr Berechenbarkeit und Stabilität bei der Raketenabwehr führt, eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die Modernisierung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa endlich vorankommt und es auch bei Nuklearwaffen Fortschritte geben kann.

Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) verliert an Bedeutung und Wirkung. Die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, ein historisches Beispiel für die Schaffung von Sicherheit durch Rüstungskontrolle, wurde in den letzten Jahren immer mehr zum Spielball nationaler sicherheitspolitischer Interessen. Auf multilateraler Ebene wurde es immer schwieriger, die Probleme einer Lösung zuzuführen. Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa und sein Anpassungsübereinkommen haben aufgrund der russischen Aussetzung des Vertrages seit 2007 und der westlichen Aufkündigung des KSE-Datenaustausches mit Moskau Ende 2011 an stabilisierender Wirkung verloren. Trotzdem muss an ihm wegen seiner immer noch geltenden stabilitätsfördernden Wirkung so lange wie möglich festgehalten werden. Gleichzeitig sind im Mai 2011 bislang erste Versuche zur Modernisierung des KSE-Vertrages und des adaptierten KSE-Übereinkommens vorläufig gescheitert. Eine Wiederaufnahme ist aber umso drängender, weil die aktuellen sicherheitspolitischen und militärtechnologischen Veränderungen eine Erneuerung dringend erforderlich machen.

Die Modernisierung des Wiener Dokumentes ist blockiert: Obwohl es zur inhaltlichen Modernisierung des Wiener Dokumentes schon vielfältige Vorschläge der beteiligten Staaten gibt, ist bisher eine substantielle Reform des Wiener Dokumentes nicht zustande gekommen. Lediglich geringfügige technische Verbesserungen waren mit dem Wiener Dokument 2011 möglich.

Die künftige Implementierung des Open-Skies-Vertrages wird durch den Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei um den Beitritt Zyperns einschneidend behindert. Darüber hinaus ist durch die Überalterung von angemietetem Gerät die Fähigkeit Deutschlands zur aktiven Mitwirkung an den Überwachungsflügen und damit die Umsetzung des Vertrages gefährdet. Es droht ein großer Verlust für die deutschen rüstungskontrollpolitischen Interessen. Mit dem Open-Skies-Vertrag werden Transparenz und Vertrauensbildung als zentrale Elemente durch die gemeinsamen Flüge und den beiderseitigen Zugang zu den Bilddaten gesichert. Dies ist unverzichtbar.

Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, globale nukleare Abrüstung und die Abrüstung der substrategischen Nuklearwaffen in Europa, die NATO-Raketenabwehr sowie die konventionelle Rüstungskontrolle und militärische Vertrauensbildung stehen in einem engen Zusammenhang. Ein Grund für die verhärtete Politik Russlands bei der konventionellen Rüstungskontrolle sind sicherheitspolitische Befürchtungen. Russland befürchtet, dass durch die konventionelle Überlegenheit der USA und der NATO die strategische Stabilität gefährdet ist und zugleich die nukleare Abschreckung durch den weltweiten Aufbau der US-Raketenabwehr beeinträchtigt wird. Russland fühlt sich insbesondere von der Prompt-Strike-Strategie der Vereinigten Staaten bedroht. Daher liegt konventionelle Rüstungskontrolle im beiderseitigen Interesse, um eine Verhärtung in den Beziehungen zu verhindern. Es ist eine wirkliche Dialogpolitik zwischen Russland und der NATO notwendig. Dabei müssen sicherheitspolitische Interessen aller Seiten anerkannt werden. Um Fortschritte auf dem einen oder anderen Gebiet möglich zu machen und nicht durch Vorbedingungen zu behindern, dürfen zwischen diesen drei Verhandlungsfeldern keine diplomatisch-politischen Verknüpfungen hergestellt werden.

Ein zentrales Anliegen der über Europa hinausgehenden Bemühungen um Rüstungskontrolle bildet das internationale Abkommen über den Handel mit konventionellen Waffen (ATT). Deutschland will sich weiter mit Nachdruck für den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen auf der vom 18. bis 28. März 2013 in New York stattfindenden Konferenz der Vereinten Nationen (VN) einsetzen. Ein umfangreiches Abkommen mit klaren Regeln und effektiven Kontrollmechanismen würde helfen, den illegalen Waffenhandel auszutrocknen und die Eskalation innerstaatlicher Konflikte sowie regionaler Rüstungswettläufe einzudämmen.

Diese Ziele werden durch die aktuelle Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung jedoch konterkariert. Infolge der offensiven Nutzung als sicherheitspolitisches Instrument zur Stärkung von Partnerstaaten außerhalb von NATO und EU wurden 2012 beispielsweise Ausfuhren deutscher Rüstungsunternehmen in die Golfregion im Umfang von 1,42 Mrd. Euro genehmigt. Dies bedeutete eine Verdopplung binnen eines Jahres. Die Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern aus dem Jahr 2000 sehen dagegen den Verzicht auf Rüstungsexporte in „Spannungsgebiete“ vor. Vor dem Hintergrund der abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Zielsetzungen ist mehr Zurückhaltung bei Rüstungsexporten (außerhalb von NATO und EU) geboten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich im Bündnis und bei den USA vehement für mehr Berechenbarkeit und Stabilität bei der Raketenabwehr in Europa zu engagieren, um damit das wichtigste Hindernis für weitere Fortschritte in der europäischen Rüstungskontrolle beiseitezuräumen;
2. ihre Sicherheits- sowie ihre Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik daran zu orientieren, zu vermeiden, dass sich nukleare und konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa durch politische Vorbedingungen und diplomatische Verknüpfungen gegenseitig blockieren;
3. sich verstärkt für eine nuklearwaffenfreie Welt einzusetzen;
4. sich intensiv dafür einzusetzen, dass die NATO die Schaffung der Voraussetzungen und der Rahmenbedingungen für eine nuklearwaffenfreie Welt durch eine tatsächliche Reduzierung der Rolle von Nuklearwaffen in ihrem strategischen Konzept vollzieht;
5. sich für größere Transparenz und Vertrauensbildung im Bereich der substrategischen Nuklearwaffen im Bündnis und darüber hinaus stark zu machen und darauf hinzuwirken, dass die NATO Russland unverzüglich Vorschläge unterbreitet;
6. sich verstärkt für den Abzug aller substrategischen Nuklearwaffen der USA aus Europa einzusetzen;
7. sich dafür einzusetzen, dass der neue Abrüstungsausschuss der NATO endlich seine inhaltliche Arbeit aufnimmt;
8. sich nachhaltig im Bündnis für eine gemeinsam zu entwickelnde Position in den Fragen der Modernisierung der konventionellen Rüstungskontrolle und der Reform des Wiener Dokumentes einzusetzen und dies möglichst bald durch eigene konstruktive Vorschläge und Initiativen zu unterstützen;
9. sich nachhaltig für eine baldige Wiederaufnahme der suspendierten Gespräche über eine Modernisierung der konventionellen Rüstungskontrolle mit Russland und anderen Staaten verstärkt einzusetzen;

10. verstärkt mit dazu beizutragen, dass eine drohende Blockade bei der Implementierung des Open-Skies-Vertrages abgewendet wird und die aktive Mitwirkung an den Überwachungsflügen des Open-Skies-Vertrages durch Anmietung oder Beschaffung modernen Überwachungsgerätes sicherzustellen;
11. sich mit Nachdruck für den Abschluss eines umfassenden ATT (einschließlich Kleinwaffen und Munition) im März 2013 einzusetzen;
12. die Genehmigung von Rüstungsexporten im Sinne der Politischen Grundsätze aus dem Jahr 2000 wieder restriktiv zu handhaben;
13. sich mit Blick auf die Bedeutung für den Erhalt des Nichtverbreitungsvertrages und die Spannungen in der Region noch stärker für ein baldiges Zustandekommen der VN-Konferenz über eine von Nuklear- und sonstigen Massenvernichtungswaffen freie Zone in Nahost zu engagieren;
14. sich in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für die Umsetzung des Aktionsplans von Astana von 2011 einzusetzen.

Berlin, den 12. März 2013

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion